



Wer für diese Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

2191 Der Rat beauftragt einstimmig die Verwaltung, Vertragsverhandlungen mit der Häfen und Güterverkehr Köln (HGK) AG (als Grundstückseigentümerin und als Vorhabenträgerin) aufzunehmen mit dem Ziel,

– zwischen Stadt und HGK einen städtebaulichen Vertrag auszuhandeln, mit dem HGK zur Erstellung eines durch den Rat zu beschließenden städtebaulichen Gesamtkonzeptes für den Rheinauhafen verpflichtet wird, sowie

– einen oder mehrere Vorhaben- und Erschließungspläne zwischen Stadt und HGK einzuleiten, durch den das notwendige Planungsrecht für dieses Städtebauprojekt geschaffen wird.

Die städtebauliche Rahmenplanung und die ausgehandelten Vertragsentwürfe sollen dem Rat bis Ende 1997 zur Beschlußfassung zugeleitet werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Bürgerbeteiligungsform wie in einem Bebauungsplanverfahren durchzuführen, d. h. eine vorgezogene Bürgerbeteiligung nach Modell 2 und eine Offenlage von einem Monat Dauer vorzunehmen.

Anmerkung:

Bürgermeister Blum übernimmt um 18.16 Uhr die Leitung der Sitzung.

9.20 Eigenbetrieb Gürzenich der Stadt Köln Kostenerhöhung bei der Städtebauförderungsmaßnahme Um- und Erweiterungsbau Gürzenich/Bestandslösung

Der Oberbürgermeister: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen die Vorlage? – Wer enthält sich? – Niemand. Einstimmiger Beschluß.

(18.16 Uhr: Bürgermeister Blum übernimmt den Vorsitz)

2192 Der Rat genehmigt einstimmig die Kostenerhöhung bei der Städtebauförderungsmaßnahme Um- und Erweiterungsbau Gürzenich in Höhe von 1,9 Mio. DM netto ohne MWSt. Die Gesamtkosten der Maßnahme erhöhen sich somit von 59 Mio. DM netto ohne MWSt auf nunmehr 60,9 Mio. DM ohne MWSt.

Die Finanzierung der zusätzlichen Kosten erfolgt nach Maßgabe der Wirtschaftsplanung des Eigenbetriebs Gürzenich/Veranstaltungszentrum Köln in 1997 ff.

Bürgermeister Blum: Wir kommen zu Punkt

9.21 Abschluß einer Städtepartnerschaft zwischen Köln und Istanbul

Herr Oberbürgermeister Burger hat als erster das Wort.

Oberbürgermeister Burger: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Älteren hier im Rat wissen um die langjährigen konkreten Bemühungen der Stadt Köln, mit Istanbul eine Städtepartnerschaft abzuschließen. Diese Bemühungen reichen bis in das Jahr 1978 zurück.

Köln ist seitdem bemüht, eine Partnerschaft mit dieser größten türkischen Stadt abzuschließen. Dies geschieht nicht nur, weil hier in Köln über 75 000 Türken leben, sondern auch, weil beide Städte aufgrund ihrer Geschichte gut zueinander passen. Sie erinnern sich vielleicht aus Ihrer Geschichtsunterrichtszeit: Der römische Kaiser Konstantin hat hier in Köln die erste feste Rheinbrücke bauen lassen. Er hat das Christentum zur staatlichen geschützten Religion erhoben, und er verlegte seinen Regierungssitz und seine Residenz von Rom nach Byzanz, dem späteren Konstantinopel, dem heutigen Istanbul.

Ich will jetzt nicht im einzelnen den langen Leidensweg und die Bemühungen um diese Städtepartnerschaft darstellen. Es hat auch ohnedies Städtepartnerschaft, auf allen Ebenen zahlreiche Kontakte, insbesondere Jugendaustauschkontakte, zwischen den beiden Städten gegeben.

Zum Jahreswechsel 1993/94 lag Istanbul von seiten der Stadt Köln ein Angebot zum Abschluß eines ausformulierten Partnerschaftsvertrages vor. Es war alles vorbesprochen, und der Vertrag sollte im Februar/März 1994 in Istanbul unterzeichnet werden.



Dann kamen Kommunalwahlen in Istanbul, dann kamen Kommunalwahlen in Köln, und dann kamen weitere Diskussionen. Und in diesem Jahr hatte ich drei Begegnungen mit dem derzeitigen Oberbürgermeister von Istanbul, der seit nunmehr zwei Jahren als prominentes Mitglied der Refah-Partei regiert, dessen Akzeptanz in der Stadt nach meiner Beobachtung insbesondere durch bürgernahe Sozialpolitik, aber auch durch eine beachtliche Stadtentwicklungspolitik ständig gestiegen ist.

Ich glaube aufgrund meiner langjährigen Erfahrung in der Städtepartnerschaftsarbeit sagen zu können, daß durch den Vertragsabschluß zwischen Istanbul und Köln gerade in Zeiten ideologischer Auseinandersetzungen in der Türkei eine Westpartnerschaft besonders wichtig ist, um zumindest auf kommunaler Ebene ein Stück internationalen Dialog zu führen. Denn nur durch den Dialog haben wir die Möglichkeit einer gewissen freundschaftlichen Einflußnahme auf das Geschehen in der künftigen Partnerstadt. Das kann für Minderheiten sowie für die demokratische Entwicklung in der Türkei von Bedeutung sein. Ich halte diesen Dialog auf allen Ebenen zwischen der Türkei und dem Westen für entscheidend.

Was die weitere Entwicklung in der Türkei angeht, wendet sie sich allmählich von Europa ab und dem fundamentalistischen Osten zu, oder werden die europäisch gesinnten Kräfte gestärkt. Durch das beiderseitige, gelebte Bekenntnis zur vielschichtigen Kooperation und zur Völkerverständigung kann durch die Städtepartnerschaft Köln-Istanbul ein kommunaler Beitrag zu den deutsch-türkischen Bemühungen um Frieden, Stabilität und europäische Integration geleistet werden.

Nicht zuletzt ist eine Städtepartnerschaft Köln-Istanbul eine Möglichkeit, die Integration der rund 75 000 türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Köln durch das Setzen positiver Akzente für ein friedliches Miteinander von Deutschen und Türken zu fördern. Ich glaube, eine Städtepartnerschaft Köln-Istanbul wird von vielen in Köln lebenden Türken als Reverenz an unsere türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger angesehen.

Ich weiß, daß in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einige Vorbehalte bestehen. Ich will das nicht im einzelnen diskutieren. Ich habe das sogar auch in der Öffentlichkeit mit Vertretern der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diskutiert. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß es für Städtepartnerschaften eigentlich notwendig ist, daß sie von einer breiten Mehrheit, wenn nicht einstimmig getragen werden.

Wir hatten bisher bei den 22 Städtepartnerschaften, die Köln hat, nur einen Fall, daß gegen eine Fraktion in diesem Rat entschieden wurde. Das war der Fall Corinto in Nicaragua. Inzwischen ist es, glaube ich, allgemeine Meinung in diesem Rat, daß sich die Zusammenarbeit mit Corinto nicht zuletzt für die Menschen in Corinto/El Realejo sehr fruchtbar entwickelt hat.

Deshalb bitte ich Sie alle, diesen Beschluß möglichst einmütig mitzutragen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Bürgermeister **Blum**: Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Senol das Wort.

Frau **Senol** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Bevor ich anfangе, meine Rede hier vorzutragen, möchte ich eine kleine Korrektur machen. Herr Oberbürgermeister, in Köln leben 75 000 türkische Staatsangehörige. Sie sind nicht alle türkische Menschen, darunter sind auch andere Minderheiten.

Am heutigen Tag der internationalen Menschenrechte wird der Rat über die Städtepartnerschaft zwischen Köln und Istanbul abstimmen, insbesondere am Tag der Menschenrechte gerade mit der Stadt, in der die Menschenrechte tagtäglich verletzt werden.

Wie gesagt, die Partnerschaft ist seit 1978 im Gespräch. Bis jetzt wurde die Partnerschaft nicht vollzogen, weil die Menschenrechte bislang verletzt wurden. Dies ist eine Zeit, in der Menschenrechtsverletzungen ein Übermaß erreicht haben.

(Auf der Tribüne zeigen Zuhörer Protestplakate. Eine Zuhörerin verliest eine Rede.)

Bürgermeister **Blum**: Frau Senol, darf ich Sie einen Moment unterbrechen? – Ich darf die Zuhörerinnen und Zuhörer herzlich bitten, die Plakate zu entfernen. Sie dürfen hier nicht Beifall oder Mißfallen kundtun, in welcher Form auch immer. Ich entziehe Ihnen das Wort. Sie haben dazu wie alle Zuhörerinnen und Zuhörer kein Recht. Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung von
18.24 bis 18.30 Uhr)

Bürgermeister **Blum**: Meine Damen und Herren! Wir sind zurück im Ratssaal. Ich darf Sie bitten, die Zu-



schauertribüne zu verlassen. Bitte tun Sie es freiwillig, bevor wir räumen. Danke für Ihr Verständnis.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Beratung zurück. Frau Senol, Sie haben noch acht Minuten und 46 Sekunden das Wort. Bitte sehr!

Frau **Senol** (Bündnis 90/Die Grünen): Das ist aber zu laut.

Bürgermeister **Blum**: Ich darf die Kollegen des Rates bitten, ihre Plätze wiedereinzunehmen. Wir fahren mit der normalen Verhandlung fort.

Frau **Senol** (Bündnis 90/Die Grünen): Konstantinopel, ein geschichtliches Erbe von vielen Völkern: eine Stadt zwischen Asien und Europa, eine Über-zehn-Millionen-Metropole der Türkei mit historischen Brücken, Museen, Restaurants und mit Millionen Slum-Viertel-Einwohnern/innen; eine Stadt, die meine heimliche Liebe zu ihr mehrmals in Frage stellte.

Gerade **Istanbul**, in der die **Refah-Islamisten** ihre **Macht erleben**, wie auch in anderen Städten der Türkei, **will man eine Partnerschaft eingehen**. Der Istanbuler Oberbürgermeister Tayyip Erdogan - als Nachfolger für den Parteivorsitzenden Necmettin Erbakan im Gespräch - ist sehr bemüht, die Städtepartnerschaft mit Köln zu erreichen. Mehrmals ist er nach Köln gekommen und hat seinen Wunsch geäußert.

Vor dem Regierungsantritt forderte die Refah den Abbruch der Beziehungen zu Europa, so auch Erdogan als Vorstandsmitglied der Partei. Haben die Islamisten auch in Istanbul ihre Meinung geändert, sieht in der „Realpolitik“ die Sache ganz anders aus? Wie soll man Oberbürgermeister Erdogan jetzt verstehen? Kann man ihm Glauben schenken? Handelt er jetzt „pragmatisch“, da er die Partnerschaft Köln-Istanbul will - oder doch nicht?

Eines ist klar: So oder so will der islamistische Oberbürgermeister jetzt zu Potte kommen, ohne Wenn und Aber, ohne jegliche Auflagen!

Überzeugt hat der islamistische Oberbürgermeister unsere kölschen Politiker und Politikerinnen nun zum größten Teil, jedoch uns Grünen nicht. Immerhin: Den damaligen regierenden Sozialdemokraten in Istanbul ist dies nicht gelungen. In einer Zeit, in der viele ihre heimliche Liebe zu dieser Stadt in Frage gestellt haben, wollen die SPD und die CDU mit Istanbul eine Städtepartnerschaft eingehen.

Im September dieses Jahres wurden durch die Europäische Union aufgrund der Verletzung der Menschenrechte die Gelder für die Türkei eingefroren. Auch Amnesty International hat Kampagnen gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei dieses Jahr gestartet. Unter andern wurde seitens der Europäischen Union die Türkei aufgefordert, die Kurdenfrage zu lösen.

Zuerst haben die Befürworter der Zusammenarbeit mit der Türkei die Zollunion 1995 abgeschlossen. Jetzt sind sie diejenigen, die die finanziellen Mittel eingefroren haben, weil die Versprechungen für eine Verbesserung der Demokratie nicht eingehalten wurden; denn in der Türkei versuchen die konservativ-fundamentalistischen Parteien, jeglichen Demokratieprozeß zu verhindern. Istanbul und Ankara sind die Hochburg der Refah-Partei geworden.

Die größten Menschenrechtsverletzungen spielen sich in den Straßen und Polizeirevieren von Istanbul ab. **Für etwa 400 Verschwundene sitzen jeden Samstag Mütter auf der Galatasaray-Straße von Istanbul, und fast jedesmal werden sie niedergeknüppelt und mißhandelt, weil sie ihre Söhne oder Töchter suchen.**

Einer von ihnen war Hasan Ocak, der auch Schlagzeilen in Europa machte. Die Schwester von Hasan sitzt mit ihren Freundinnen auf der Tribüne. Der 30jährige Hasan war Alevit und Kurde und wurde im März 1995 entführt. Nach vierzig Tagen wurde er in einem Vorort von Istanbul aufgefunden - erwürgt und gefoltert. Die Henker sitzen in Istanbul; keiner von ihnen wurde vor Gericht gestellt. Obwohl Hasan vor seinem Tod im Istanbuler Polizeirevier von Gefangenen identifiziert wurde, unternahm man nichts.

Ins selbe Bild passen die Ermordung des Journalisten Metin Goktepe - er wurde mit Eisenketten erschlagen -, **die Erschießung von zwei jungen Demonstranten am 1. Mai in diesem Jahr**, die Bombardierung der kurdischen Tageszeitung „Özür Ülke“, bei der ein Journalist ums Leben kam, oder die landesweite Entführung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von „Özür Gundem“. **Einige der 19 Journalisten/innen wurden tot aufgefunden.** Ich könnte diese Aufzählung des Schreckens fortsetzen.

Der islamistische Oberbürgermeister Erdogan unternahm jedoch weder damals noch unternimmt er heute etwas. Warum auch? Es ist die Politik seiner fundamentalistischen Partei.

Istanbul ist keine Stadt, in der Minderheiten „zu Hause“ sind. Das gilt ebenso für Kurden/innen, für Christen, für Armenier/innen wie für Griechen/innen, für Homosexuelle, Lesben und, und, und.



Vor zwei Jahren wurden Aleviten/innen in ihren Wohnorten durch Militär und Polizei erschossen und ein Blutbad angerichtet. Dabei kamen über 30 Menschen ums Leben. Der islamistische Oberbürgermeister gab wiederum keinen Ton von sich.

Auch die Homosexuellen gingen an die Presse, klagten und klagten, wie sie von den regierenden Islamisten bedrängt werden und in ihren Wohnvierteln niedergeknüppelt wurden. Menschen beklagen sich in Istanbul über Umweltprobleme, über Arbeitslosigkeit, über Wohnungsnot. Frauen und andere Vereinigungen trauern wegen des Einfrierens der kommunalen Hilfen an ihre Vereine.

In solch einer Situation will man die Partnerschaft eingehen, genau jetzt! Die Kölner Politiker und Politikerinnen sind zum größten Teil davon überzeugt, damit etwas bewegen zu können. Sie wollen Signale setzen. Es haben andere Interessen Vorrang vor den Menschenrechten.

Wir Grünen unterstützen die Partnerschaftsidee, haben jedoch die Überzeugung: Partnerschaft ja, aber nicht jetzt. Wir haben – ebenso wie die Menschenrechts- und Minderheitenvereine, Frauen- und Schwulenverbände in Istanbul, die sich gegen diese Partnerschaft aussprechen – kein Vertrauen in die Islamisten in Istanbul. Auch die Aleviten/innen und Kurden/innen in Deutschland wie in Köln sind keine Freunde dieser Partnerschaft.

Die Grünen-Fraktion ist davon überzeugt, daß hier falsche Signale gesetzt werden sollen. Mit dieser Partnerschaft würden die Islamisten in ihrer menschenverachtenden Politik ermutigt.

Wir Grünen werden deshalb gegen diese Partnerschaft stimmen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen – auch auf der Tribüne)

Bürgermeister **Blum**: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Heck, Sie haben sich gemeldet. Bitte sehr.

(Hamm [CDU]: Kann man die Tribüne nicht räumen?)

Heck (Bündnis 90/Die Grünen): Meine Damen und Herren Ratskollegen! So viele leere Stühle bei den antragstellenden Fraktionen sind blamabel. Aber da-

zu will ich jetzt nicht reden; das war nur eine kleine Seitenbemerkung.

Was meine Fraktionskollegin – hören Sie zu! – gerade für die Mehrheit meiner Fraktion vorgetragen hat, war klar und deutlich und spricht für sich.

(Schröder [CDU]: Sie irren! –
Bacher [SPD]: Jawohl, Herr Lehrer!)

Dennoch, meine Damen und Herren, kann eine Minderheit meiner Fraktion der Ablehnung der Städtepartnerschaft ohne weiteres nicht zustimmen. Gerade wegen der Verletzung der Menschenrechte in vielfältigen Formen, gerade wegen der mangelnden demokratischen Praxis und der herrschenden fundamentalistischen Praxis in Istanbul – das ist gerade deutlich gemacht worden; auch die Demonstration hat das gezeigt – und nicht zuletzt – der Oberbürgermeister hat davon gesprochen – wegen der Tendenz zur West-Abkopplung dort gäbe es durchaus einen Sinn, nunmehr endgültig zu der Städtepartnerschaft als einem Signal für Demokratie, Menschenrechte und Toleranz ja zu sagen – jedenfalls ist das die Auffassung der Minderheit und meine – für die in Köln lebenden 75 000 Menschen unterschiedlicher Nation, Kultur und Religion mit türkischem Paß.

Meine Kollegin hat auf die Unterschiede hingewiesen. Vorhin ist dazwischengerufen worden: Erklären Sie mal den Unterschied. – Ich habe ihn Ihnen gerade erklärt.

(Simons [CDU]: Ja, vielen Dank!)

– Das ist ja schön.

Eröffnet werden konnte in der Tat aus unserer Sicht der notwendige kritische Dialog. Darauf hat der Oberbürgermeister zum Teil hingewiesen. All das, was meine Ratskollegin vorgetragen und zu Recht angeprangert hat, müßte aufgegriffen und in diesen kritischen Dialog eingebracht werden. Das allerdings könnte darin bestehen, die unterschiedlichsten Aktivitäten sozusagen von unten auf der Ebene vielfältiger Begegnungen und Austausche – freilich im Rahmen, den eine Städtepartnerschaft setzt – zu entwickeln. Chancen wären aus unserer, der Minderheit, Sicht für eine Entwicklung zum Besseren nicht auszuschließen.

Meine Damen und Herren, eine Enthaltung ist aus unserer, der Minderheit, Sicht immer dann geboten und geraten, wenn es zu einer Zustimmung zwar Bedenken – meinerseits auch zum Teil erhebliche Bedenken – gibt, andererseits aber bei einer Ablehnung Chancen vertan würden. Dies ist nach Auffassung der Minderheit der Fall. Deswegen wird sich diese Min-



derheit der Stimme enthalten und insoweit den Antrag passieren lassen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister **Blum**: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Städtepartnerschaft Köln-Istanbul zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist mit Stimmen von SPD und CDU bei einer Enthaltung aus der CDU und mehreren Enthaltungen sowie Gegenstimmen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen so beschlossen.

- 2193 *Der Rat stimmt mit den Stimmen der SPD- und der CDU-Fraktion, bei einer Stimmenthaltung aus der CDU-Fraktion sowie mehreren Stimmenthaltungen und Gegenstimmen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, einer Partnerschaft mit der Stadt Istanbul sowie dem Entwurf des Textes der Partnerschaftsurkunde, der mit Istanbul abgestimmt wurde und als Anlage beigelegt ist, zu.*

Anmerkung:

Während der Rede von Ratsmitglied Senol wurden auf der Tribüne Plakate entrollt. Eine ZuhörerIn verlas eine Erklärung. Nachdem die Störungen auch nach Hinweis durch Bürgermeister Blum, daß sich die Zuhörer jeder Beifalls oder Mißfallensäußerungen zu enthalten haben, nicht eingestellt wurden, unterbrach der Bürgermeister die Sitzung in der Zeit von 18.24 bis 18.30 Uhr.

Blum (CDU): Damit kommen wir zu Punkt

**9.22 Ordentliche Hauptversammlung der RWE AG am 12. Dezember 1996
Festlegung des Abstimmverhaltens der Stadt Köln**

Wortmeldungen sehe ich keine.

Wer ist gegen die Vorlage? – Wer enthält sich? – Das ist mit den Stimmen von SPD und CDU gegen Bündnis 90/Die Grünen beschlossen.

- 2194 *Der Rat ermächtigt mit den Stimmen der SPD- und der CDU-Fraktion - gegen die Stimmen*

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - den Vertreter der Stadt Köln, in der ordentlichen Hauptversammlung der RWE AG am 12. Dezember 1996 zu allen Tagesordnungspunkten im Sinne der Vorschläge des Vorstandes bzw. des Aufsichtsrates der RWE AG und den gleichlautenden Empfehlungen des „Verbandes der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)“ zu votieren.

**9.23 Verkehrsverbund Rhein-Sieg
Ausgleich von Aufwanddeckungsfehlbeträgen im interlokalen Verkehr
öffentlich-rechtliche Vereinbarungen**

Bürgermeister **Blum**: Wortmeldungen? – Keine.

Wer ist gegen die Vorlage? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

- 2195 *Der Rat beauftragt einstimmig die Verwaltung mit dem Abschluß*

– einer Vereinbarung mit der Stadt Leverkusen, der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG (KWS AG) und der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB AG) über die von der Stadt Leverkusen und der Stadt Köln zu tragenden Aufwandabdeckungen für Leistungen der KWS AG und der KVB AG (Anlage 2)

– sowie einer Vereinbarung mit der Stadt Monheim am Rhein und der Bahnen der Stadt Monheim GmbH (BSM) über die von der Stadt Köln zu tragende Aufwandabdeckung für Leistungen der BSM (Anlage 3)

in der jeweils als Anlage zu diesem Beschluß paraphierten Fassung.

9.24 Verteilung von Haushaltsmitteln für Erziehungsberatungsstellen von Trägern der freien Jugendhilfe

Bürgermeister **Blum**: Hierzu sehe ich keine Wortmeldungen.

Wer ist gegen die Vorlage? – Wer enthält sich? – Ebenfalls einstimmig beschlossen.

- 2196 *Der Rat beschließt einstimmig, den in der Anlage aufgeführten 6 Kölner Beratungsstellen aus Hst. 4650.987.1080.4, Z für Erziehungs-*